

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger: Gebr. Krahoh, Dresden, mit Carl, Ehrenamt.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meuschel und Dresden-Litke

Bezugspreis einschließlich Frangobriefen mit den wöchentlichen Beilagen "Nach der Arbeit" und "Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 26 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 26 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompaßbreite 30 Goldpf., die 30 mm breite Reklameweite 150 Goldpf., für aussergewöhnliche Anzeigen 25 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellenwärtige Anzeigen 40 und 200 Goldpf. für Briefverbreitung 10 Goldpf.

Nr. 119

Dresden, Donnerstag den 22. Mai 1924

35. Jahrg.

Auf dem toten Gleis

SPD. Am Mittwoch begannen im Reichstag die Verhandlungen der Deutschnationalen mit den Mittelparteien, deren Zweck bekanntlich sein sollte, die deutschnationalen Belüste nach der Futterkrüpe zu stillen. Die Herren führten sich übrigens schon jetzt als mit der Regierungsbildung beauftragt, denn außer nach links, also an die Mittelparteien, haben sie inzwischen auch nach rechts an die Nationalsozialisten eine Einladung zu Verhandlungen ergehen lassen. Sie wollen sich unter allen Umständen in den Mittelpunkt der Debatte stellen — und deshalb die Taktik mit links und mit rechts zu verhandeln und zu lauhhandeln. Diesen Eindruck hinterließen auch die Besprechungen der Deutschnationalen mit den Mittelparteien. Die "Sieger" vom 4. Mai kämpften hier darum, als ernsthafte Sieger jetzt und in Zukunft betrachtet zu werden. Sie verlangten im Verlauf der Verhandlungen, die 1 1/2 Stunde dauerten, von den Koalitionsparteien wiederholt, zunächst über die Personenfrage, insbesondere über die Person des neuen Reichskanzlers, zu verhandeln. Sobald über diese Frage Klarheit herrsche, werde es nicht mehr allzu schwierig sein, sich über das politische Programm der neuen Regierung zu verständigen. Als Kanzlerkandidat wurde — man sollte es kaum glauben — der Großadmiral v. Tirpitz in Vorschlag gebracht. Eine schriftliche Formulierung über die Personenfrage legten die Deutschnationalen im Gegensatz zu den Meldungen der bürgerlichen Presse nicht vor.

In diesem Sinne ist auch das außenpolitische Programm der Koalitionsparteien verfaßt. Es befaßt ausdrücklich, daß das Gutachten der Sachverständigen in seiner Gesamtheit angenommen werden muß und nicht als Grundlage für Verhandlungen betrachtet werden darf. Außerdem werden in ihm in vorläufiger Form die Ehrenpunkte, d. h. die Entlassung der Gefangenen, die Rückkehr der Ausgewiesenen usw., behandelt.

Die Deutschnationalen waren nicht bereit, dem Ansinnen des Zentrums und der Demokraten zu entsprechen. Infolgedessen wurden die Verhandlungen auf Donnerstag vormittag 10 Uhr vertagt. Anschließend trat das Zentrum zu einer Fraktionsbesprechung zusammen. Nach Kenntnisnahme des Verlaufs der Verhandlungen mit den Deutschnationalen wurde erneut beschlossen, unter keinen Umständen zuerst die Personenfrage zu besprechen und erst dann die Grundzüge des Regierungsprogramms festzulegen. Vielmehr wurde den Unterhändlern der bindende Auftrag erteilt, jede Diszussion über die Personenfrage abzulehnen, bevor nicht über das Programm Klarheit besteht.

Den Deutschnationalen wird vorläufig also nichts anderes übrig bleiben, als ihre Taktik zu ändern oder aber die Sehnsucht nach der Futterkrüpe auf spätere Zeiten zu verlagern. Jedenfalls steht das eine fest, daß ihr Anspruch, als Sieger des 4. Mai anerkannt und deshalb gebührend behandelt zu werden, von Zentrum und Demokraten abgelehnt worden ist.

„Die Initiative eingestell“

Ueber das Ergebnis der heutigen Besprechungen der Deutschnationalen mit den Parteien der Mitte und der am Nachmittag stattgefundenen Fraktionsführung der Deutschnationalen gibt die Deutschnationale Pressestelle folgenden parteiamtlichen Bericht an:

Die Deutschnationale Volkspartei hat in der heutigen Besprechung mit den Vertretern der Mittelparteien den Vorschlag gemacht, die Lösung der für die Regierungsbildung bestehenden Schwierigkeiten in der Voranstellung der Personenfrage zu suchen. Eine nach Ansicht der Deutschnationalen Volkspartei zur Führung hervorragende geeignete überparteiliche Persönlichkeit ist den anderen Fraktionen benannt worden. Die Verhandlungen darüber haben eine Wendung genommen, auf Grund deren die Deutschnationale Volkspartei ihre Initiative in dieser Richtung zunächst eingestellt hat.

Aus dieser Verlautbarung ist ersichtlich, daß die deutschnationale Fraktion vorläufig nicht beabsichtigt, ihre Taktik zu ändern. Infolgedessen kann man sagen, daß die Verhandlungen auf das tote Gleis geraten sind. Voraussetzungen für die Durchführung der Initiative ergreifen und die Deutschnationalen erneut vor die Frage stellen, welche Außenpolitik sie im Falle einer Beteiligung an der Regierung zu betreiben gedenken und wie sie zur Erfüllungspolitik stehen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird am Montag den 26. Mai, vormittags 10 Uhr, in dem Fraktionszimmer der Sozialdemokratie, Obergeschloß 25, zu ihrer ersten Sitzung zusammenzutreten. Für den Fall, daß die politische Lage eine frühere Einberufung erforderlich machen sollte, wird weiterer Befehl ergehen.

Reichstagsbeginn 27. Mai

Laui Blättermeldungen ist der Reichstag nunmehr zum Dienstag den 27. Mai, nachmittags 3 Uhr, einberufen worden.

Maslow verhaftet

Aus Berlin wird uns geschrieben: Der bekannte Führer der deutschen Kommunisten, der unter dem Namen Maslow illegal lebende Russe Schamerinski ist am Dienstag von der Berliner Polizei verhaftet worden. Er steht, ebenso wie alle übrigen Mitglieder der kommunistischen Zentrale, wegen ihrer verschiedenen Anrufe im Herbst vergangenen Jahres unter der Anklage des Hochverrats. Mit der Verhaftung Maslows verliert die Deutsche kommunistische Partei ihren zur Zeit weitläufigsten Führer. Ihm gegenüber tritt auch Kasper, trotzdem sie als Agitatoren bekannt sind und mehr an die Öffentlichkeit getreten ist, zurück. Bei der eigenartigen Entwicklung, die die kommunistische Partei in der letzten Zeit genommen hat, wird diese Verhaftung voraussichtlich nicht den Einfluß auf die K. P. D. bleiben. Maslow, der nach Leipzig transportiert wird, ist übrigens unter recht eigenartigen Umständen verhaftet worden. Er verhandelt seine Verhaftung einem „Anfall“. Er wurde im Lunapark dem tollsten Rummelplatz, von Kriminalbeamten für einen Taschendieb gehalten, unter dem Verdacht des Taschendiebstahls festgenommen und dem Erkennungsdienst vergeführt. Dort stellte man fest, daß es sich um Maslow handelt. Beweis, in der Geschichte politischer Verhaftungen ein eigenartiger und merkwürdiger Fall. Der Revolutionär im Lunapark ist jedenfalls eine Neuigkeit.

Die völkische Geldquelle verfiert

München, 21. Mai. (Sig. Draht.) Der nach dem Hitler-Ruf zur Großdeutschen Zeitung umgewandelte völkische Beobachter, die älteste und größte der drei völkischen Zeitungen Münchens, und das besondere Sprachrohr Hitlers, hat unerwartet sein Erscheinen aus Mangel an Betriebsmitteln eingestellt. In der am Mittwoch mitgeteilten letzten Ausgabe heißt es besorgnispoll: „Die Verhältnisse ärmten und

eine durchgreifende Neuordnung unseres gesamten Unternehmens vorzunehmen. Aus diesem Grunde wird die Großdeutsche Zeitung von heute an für einige Zeit nicht erscheinen.“

Abgesehen davon, daß durch diesen plötzlichen Zusammenbruch die völkische Renommiererei über die große Auflage der Großdeutschen Zeitung läge gestraft ist, wird dadurch auch die so viel gepriesene Einigkeit im völkischen Lager trefflich beleuchtet. Würde diese Einigkeit wirklich vorhanden und wären sich die führenden völkischen Führer in München nicht spinnend, so wäre zur Verhütung des schließlichen Einbruchs in der Öffentlichkeit eine Zusammenlegung der drei völkischen Blätter leicht möglich gewesen. Am übrigen ist es ein mehr als merkwürdiger Zufall, daß die letzte Nummer der Großdeutschen Zeitung mit der ungewöhnlich großen Schlagzeile erschienen ist: „Es ist nicht alles Gold, was glänzt.“

Wählerflucht vor Lubendorf

München, 21. Mai. (Sig. Draht.) Auffallend war der starke Rückgang der völkischen Stimmen in Oberbayern bei der Reichstagswahl gegenüber der Landtagswahl, vier Wochen zuvor. Daran war nicht nur die geschickte Spitzenkandidatur der Deutschnationalen in der Person des Herrn v. Tirpitz schuld, sondern wie sich fast zahlenmäßig nachweisen läßt, vor allem Lubendorf selbst. Das Bayerische Bauernblatt weist nämlich darauf hin, daß der völkische Stimmrückgang überall besonders hart da hin, wo Lubendorf als Versammlungsort für die völkischen Aufreiter ist. Das trifft für Würzburg zu, für Ingolstadt und vor allem auch für eine der Hochburgen der völkischen Parteien, wo Lubendorf zwei Tage vor der Wahl sprach. Sein schnoddriger, preußischer Offiziersstil löste bei den bayerischen Bauern nicht die gewünschte Begeisterung, sondern offensichtliche Wut aus und zahlreiche Versammlungsleiter haben, wie das Blatt meldet, nach der Versammlung die Ausrufung fallen lassen: „Was fällt denn dem ein, der kommandiert ja, als wenn wir keine Pöbeler wären.“

Desorganisation der ländlichen Verwaltung

Von Rich. Lipinski

II.

Nicht Vereinfachung, sondern Verwirrung der Verwaltung wurde durch die Auseinanderziehung zusammengehöriger Kreise geschaffen. Die Gemeinden sind hier am meisten interessiert, weil alle Fürsorge hier zuerst notwendig wird und das soziale vom gesundheitlichen Argument kaum zu trennen sein wird. Aus dem Einzelfall der Gemeinde ist nicht zu erwarten, daß die Gemeinde oft nicht zu bewältigen vermag. Fürsorge, die die Gemeinde oft nicht zu bewältigen vermag, erstreckt das solidarische Handeln des Bezirks, des Staates, und erstreckt die Notwendigkeit der Schaffung von Bezirks- und Landesanstalten. Daraus erwächst die Notwendigkeit, Gesundheitswesen und Wohlfahrtspflege beim Ministerium des Innern zusammenzufassen, weil dies am meisten mit den Gemeindefürsorge hat und auch in anderer gesundheitlicher Beziehung den Gemeinden beistand zur Seite stehen muß.

Bringt diese Maßnahme des Gesamtministeriums keine Vereinfachung der Verwaltung, so erst recht keine Ersparnis auf die Dauer. Das Arbeitsministerium hat nur einen Ministerialdirektor, Dr. Dehne, der noch Landtagsabgeordneter der demokratischen Fraktion ist und bis vor kurzem noch Stadtverordneter war. Alle früheren Arbeitsminister haben sich beklagt, daß sie an Dr. Dehne keine oder nur schwache Hilfe hätten. Die Übernahme eines weiten Arbeitsgebietes wird erst recht den Minister überlasten und in Folge die Notwendigkeit ergeben, einen neuen Ministerialdirektor anzustellen. Die Ersparnis durch Befreiung Freundts ist also nur eine vorübergehende.

Nicht so ganz leichtes Spiel hat man mit dem Zerbrechen der ersten Abteilung des Innenministeriums gehabt. Die „Organisatoren“ haben sich redlich Mühe gegeben, dies zu erreichen. Auch hier wollte man die Abteilung so entblättern, daß der dürre Rest dann der zweiten Abteilung zugewiesen werden konnte, dann wäre man den zweiten verhassten sozialistischen Ministerialdirektor losgeworden. Und dies verhasste man auf folgende Art.

Der ersten Abteilung untersteht die Dienstaufsicht über die innere Verwaltung, das Personalwesen (Verförderung, Verleihung, Ausbildung) und das Personalamt (Bearbeitung der Rechtsfragen des Personals, Verhandlung mit den Organisationsstellen). Die erste Abteilung des Finanzministeriums beanspruchte nun das Personalamt für sich. Nun ist im Reich das Personalwesen beim Finanzministerium angegliedert. Aber das kann für die Länder ebenfalls möglich sein, als daß ein Teil der Wohlfahrtspflege auch beim Reichsarbeitsministerium, ein anderer Teil beim Reichsinnenministerium liegt, denn die Reichsministerien sind ja nur Instanzen, die grundlegende Bestimmungen erlassen, während den Ländern die Ausführung bleibt, namentlich aber die Ausbildung des Personals. Dies kann nur in der inneren Verwaltung geschehen, weil hier allein die Beamten in allen Verwaltungszweigen eine allgemeine Ausbildung erhalten können und fast alle ändern Ministerien aus der inneren Verwaltung ihre Beamten heranziehen. Deshalb ist das Innenministerium die gegebene Instanz für die Regelung aller Beamten- und Angestelltenfragen. Die Abzweigung des Personalamts vom Innenministerium hätte nicht nur die Beamten schwer getroffen, sondern auch den Behördenaufbau und die -aufwahl stark beeinträchtigt. Es ist gelungen, dies in letzter Stunde zu verhindern, denn das Personalamt bleibt beim Innenministerium.

Mehr Erfolg als beim Personalamt hatte das Finanzministerium beim Wege- und Wasserbau. Dem früheren Finanzministerium unterstand das Verkehrswesen, die Erhebung von Fahr- und Brückengebühren und damit auch die Erhaltung der Flußläufe. Das ist anders geworden. Die Eisenbahnen sind auf das Reich übergegangen, die Verkehrs-waterstraßen sind internationalisiert worden, Brückengebühren, Chausseegelder sind in Wegfall gekommen. So machte das Finanzministerium einen neuen Grund geltend, daß es die Hoheit über den Wasserbau beanspruche, weil bei ihm auch die Kraftzeugung liegt und die Wasserläufe dafür dienlich gemacht werden sollen. Das gesamte Wasserrecht reformiert beim Ministerium des Innern, und zwar deshalb, weil für die Gemeinden die Grundwasserfrage, die Beschaffung von Trinkwasser, die Verunreinigung der Flußläufe durch Industriewässer, die Kanalisation und Kläranlagen von höchstem Interesse ist, die Rechtsfragen und Streitigkeiten hierüber im Verwaltungswege entschieden werden und deshalb in die innere Verwaltung gehören.

Nun ist aber das Finanzministerium eigener Unternehmer und kollidiert sehr stark mit den Interessen der Gemeinden. Anstatt nun das ganze Wasserwesen, bei dem das Gemeindefürsorge überwiegt, beim Ministerium des Innern zu belassen und den Teil des Finanzministeriums hinzuzuschlagen, nahm man ungeleitet dieses Ressort dem Innenministerium weg und machte damit das Finanzministerium zum Richter in eigener Sache. Das fiskalische Interesse seiner Betriebe wird beim Finanzministerium überwiegen, und wenn auch der Abg. Müller im Zwischenausschuß des Landtages sich selbst beruhigte, indem er die Hoffnung ausbrachte, daß das fiskalische Interesse hoffentlich nicht überwiegen werde, so bleibt doch die Eigenart bestehen, daß der Staat durch diese Ressortteilung Richter in eigener Sache wird und die Quelle zu vielen Streitigkeiten geschaffen worden ist.

Das Interessante bei dieser Ressortregelung ist, daß die Beamtengrade der Wasserbediensteten über das Staats-